

**Personalfragebogen****Bitte**

- alle Fragen wahrheitsgemäß in lesbarer Schrift beantworten
- soweit keine Angaben notwendig sind, "entfällt" eintragen

Von der Deutschen Rentenversicherung Bund auszufüllen

Personalausweisnummer

Ausstellungsdatum

Ausstellende Behörde

Unterschrift des Bearbeiters

Angaben zur Person

Name, Vorname		Geschlecht ¹	ggf. Geburtsname
		<input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> m	
Geburtsdatum	Geburtsort		Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, ggf. mit Bezirk / E-Mail-Adresse		Telefon- / Handynummer	
bei Minderjährigen Name, Anschrift des gesetzlichen Vertreters (z. B. beide Eltern, ein Elternteil, Vormund)			

jetzige Tätigkeit	
Arbeitgeber / Dienstherr	
derzeitige Kündigungsfrist	frühester Eintrittstermin bei der Deutschen Rentenversicherung Bund

Beziehen Sie Rente, Ruhegeld, Pension?		ggf. seit	EUR monatlich
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Art	Leistungsträger		
Wurde Antrag auf Rente / Ruhegeld gestellt?		Zeitpunkt	bei
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Sind Sie anerkannte Schwerbehinderte / anerkannter Schwerbehinderter?		GdB	bzw. Ausweis-Stelle
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		v. H.	Sind Sie einem Schwerbehinderten gleichgestellt?
			<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Läuft zurzeit ein Antrag auf Anerkennung als Schwerbehinderte / Schwerbehinderter?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			

Nur für - frühere - Angehörige des öffentlichen Dienstes

Ich bin mit der Anforderung - bzw dem Verbleib bei Einstellung - der bei meinem / meinen - früheren - Arbeitgeber / Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes geführten Personalakten zum Zwecke der Einsichtnahme durch die Deutsche Rentenversicherung Bund einverstanden.

☐ nein ☐ ja

Name, Anschrift des Arbeitgebers / der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes / Dienstherr / Dienstherrin	Personalnummer

¹ w = weiblich
m = männlich

Sind / Waren Sie Beamtin / Beamter oder DO-Angestellte / DO-Angestellter?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Dienstherr / Arbeitgeber	
Sind / Waren Sie bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja (bitte Nachweis beifügen)
Wurden Beiträge erstattet?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Haben Sie für Zeiträume, in denen Sie nicht in der Rentenversicherung der Angestellten pflichtversichert waren, von einem früheren Arbeitgeber Zuschüsse zu den Beiträgen zu einer Lebensversicherung oder öffentlich rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung (z. B. Ärzteversorgung) erhalten?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja

Bemerkungen

Wir bitten Sie, sofern nicht bereits übersandt, einen Lebenslauf, Zeugnisse einschließlich Fotokopien über Schul-, Fachschul- sowie berufliche Ausbildung und berufliche Tätigkeiten beizufügen. Darüber hinaus ist der Personalausweis vorzulegen und bei einer Einstellungszusage die Ausstellung eines "Führungszeugnisses zur Vorlage bei Behörden" zu beantragen.

Erklärung

Ich versichere, nach bestem Wissen und Gewissen, dass vorstehende Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben zur Beendigung des Arbeits- / Dienst- / Ausbildungsverhältnisses führen können und gegebenenfalls Schadensersatzansprüche nach sich ziehen.

Ort, Datum

Unterschrift

Erklärung zum Arbeits- / Dienst- / Ausbildungsverhältnis

Ich versichere hiermit ausdrücklich, dass bei allen meinen im Zuge der Einstellung gemachten Angaben zwischenzeitlich keine Änderungen eingetreten sind.

Ort, Datum

Unterschrift

Meine Bezüge bitte ich bis auf Weiteres zur Gutschrift auf folgendes Konto zu überweisen:

Kontoinhaber (Name, Vorname)	
IBAN (International Bank Account Number)	
BIC (Bank Identifier Code)	Name des Geldinstitutes

Steueridentifikationsnummer
Mein Beschäftigungsverhältnis übe ich wie folgt aus (bitte ankreuzen):
<input type="checkbox"/> als Hauptarbeitsverhältnis (Steuerklassen I bis V)
<input type="checkbox"/> als Nebenarbeitsverhältnis (Steuerklasse VI)

Bei Schriftwechsel bitte dieses Zeichen angeben

Erklärung

Ich bin mit der Anforderung der bei meinem / meinen - früheren - Arbeitgeber / Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes geführten Personalakten zum Zwecke der Einsichtnahme durch die Deutsche Rentenversicherung Bund einverstanden.

☐ nein

☐ ja

Name, Anschrift des Arbeitgebers / der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes / Dienstherr / Dienstherrin	Zeitraum vom - bis	Personalnummer

Ort, Datum

Unterschrift

Urschriftlich

**Deutsche Rentenversicherung Bund
Dezernat 2010 Fachbereich 2011
Personalgewinnung
10704 Berlin**

**Erklärung****über Vorstrafen, laufende Straf- bzw. Ermittlungsverfahren und über Disziplinarmaßnahmen**

Name, Vorname			
Vorstrafen?		Disziplinarmaßnahmen (Beamtin / Beamter)?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Läuft zurzeit ein Straf- bzw. Ermittlungsverfahren?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja		

Bei Vorliegen von Vorstrafen oder Disziplinarmaßnahmen oder bei einem zurzeit laufenden Straf- bzw. Ermittlungsverfahren sind nähere Erläuterungen auf der Rückseite dieses Vordruckes erforderlich. Zur Frage nach Vorstrafen kann im Zweifelsfall ein Merkblatt eingesehen werden.

Ich versichere nach besten Wissen und Gewissen, dass vorstehende und ggf. umseitige Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben zur Beendigung des Arbeits- / Dienstverhältnisses und zu Schadensersatzansprüchen führen können und dass meine (Weiter-) Beschäftigung vom Eingang und Inhalt des Führungszeugnisses abhängt.

Ort, Datum

Unterschrift



Erklärung

Name, Vorname

Ich habe nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen und war zu keiner Zeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) / Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) tätig.

Ich nehme zur Kenntnis, dass falsche Angaben bei Begründung eines Rechtsverhältnisses zur Deutschen Rentenversicherung Bund zu dessen Beendigung führen können.

Ort, Datum

Unterschrift



Auszug aus dem Strafgesetzbuch

und

**Hinweis auf besondere Geheimhaltungsvorschriften und weitere Vorschriften aus dem
Bundesdatenschutzgesetz (BDSG),
dem Ersten sowie Zehnten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB I, SGB X) und
dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb**

Auszug aus dem Strafgesetzbuch

§ 133

Verwahrungsbruch

- (1) Wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) ...
- (3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonderen Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 201

Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt
 1. das nichtöffentlich gesprochenes Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
 2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt
 1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochenes Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
 2. das nach Absatz 1 Nummer 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nummer 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochenes Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nummer 2 ist nun strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.
- (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder einer Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).
- (4) Der Versuch ist strafbar.
- (5) Die Tonträger und Abhörgeräte, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74a ist anzuwenden.

§ 203

Verletzung von Privatgeheimnissen

- (1) ...
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als
 1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
 4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates oder
 5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekannt gegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.
- (3) ...
- (4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.
- (5) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder Geldstrafe.

§ 204

Verwertung fremder Geheimnisse

- (1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) § 203 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 331

Vorteilsannahme

- (1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausbübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.
- (3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von ihm geforderten Vorteil sich versprechen lässt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

§ 332

Bestechlichkeit

- (1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe. Der Versuch ist strafbar.
- (2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu 10 Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren.
- (3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem anderen gegenüber bereit gezeigt hat,
 1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder,
 2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

§ 353b

Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

- (1) Wer ein Geheimnis, das ihm als
 1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er
 1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder
 2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist,an einen anderen gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt. Die Ermächtigung wird erteilt
 1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekannt geworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1;
 2. von der obersten Bundesbehörde
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde der einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekannt geworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;
 3. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nummer 2.

bitte wenden

§ 355

Verletzung des Steuergeheimnisses

- (1) Wer unbefugt
 1. Verhältnisse eines anderen, die ihm als Amtsträger
 - a) in einem Verwaltungsverfahren oder einem gerichtlichen Verfahren in Steuersachen,
 - b) in einem Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat oder in einem Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit,
 - c) aus anderem Anlass durch Mitteilung einer Finanzbehörde oder durch die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage eines Steuerbescheides oder einer Bescheinigung über die bei der Besteuerung getroffenen Feststellungen bekannt geworden sind, oder
 2. ein fremdes Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm als Amtsträger in einem der Nummer 1 genannten Verfahren bekannt geworden ist,offenbart oder verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Den Amtsträgern im Sinne des Absatzes 1 stehen gleich
 1. die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
 2. amtlich zugezogene Sachverständige und
 3. die Täter vom Ämtern der Kirche und anderen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechtes.
- (3) Die Tat wird nur auf Antrag des Dienstvorgesetzten oder des Verletzten verfolgt. Bei Taten amtlich zugezogener Sachverständiger ist der Leiter der Behörde, deren Verfahren betroffen ist, neben dem Verletzten antragsberechtigt.

§ 358

Nebenfolgen

Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 335, 339, 340, 343, 344, 345, Absatz 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Absatz 1, §§ 354, 355, 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 48 Absatz 2), aberkennen.

Hinweis auf besondere Geheimhaltungsvorschriften und weitere Vorschriften aus dem BDSG / SGB X

Neben anderen Geheimhaltungsvorschriften (zum Beispiel arbeitsvertragliche Schweigepflicht, Amtsverschwiegenheit) haben die Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung Bund das Sozialgeheimnis nach § 35 des Ersten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB I) und das Datengeheimnis nach § 53 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zu beachten.

Nach § 35 Absatz 1 SGB I hat jeder Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Sozialdaten von der Deutschen Rentenversicherung Bund nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis). Sozialdaten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund nach dem SGB erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (§ 67 SGB X); Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse stehen den Sozialdaten gleich. Unter den Begriff des Verarbeitens fällt neben der Speicherung, Veränderung, Sperrung und Löschung von Sozialdaten insbesondere ihre Übermittlung (Weitergabe, Bekanntgabe) an Dritte. In den § 67 ff. SGB X ist abschließend geregelt, in welchen Fällen eine Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Sozialdaten zulässig ist.

Nach § 53 BDSG, der für personenbezogene Daten gilt, die keine Sozialdaten sind (zum Beispiel Mitarbeiterdaten), ist es den mit der Datenverarbeitung beschäftigten Personen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten oder zu nutzen (Datengeheimnis).

Die Vorschriften zum Sozialgeheimnis und zum Datengeheimnis gelten sowohl für die Daten in Dateien als auch in Akten und sonstigen Datenträgern. Sie gelten ferner auch für Mitarbeiter dritter - externer - Stellen, die bei der Deutschen Rentenversicherung Bund tätig sind. Die sich aus dem Sozialgeheimnis und dem Datengeheimnis ergebenden Pflichten bestehen auch nach der Beendigung der Beschäftigung oder Tätigkeit bei der Deutschen Rentenversicherung Bund fort.

Verstöße gegen das Sozialgeheimnis werden nach § 85a SGB X, gegen das Datengeheimnis nach § 44 BDSG (und gegebenenfalls anderen einschlägigen Rechtsvorschriften) mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, dass Mängel, Unregelmäßigkeiten oder sonstige besondere Feststellungen in allen Datenschutzgelegenheiten entweder dem zuständigen Vorgesetzten, dem Datenschutzbeauftragten (Abteilungsleiter 3000, vergleiche Kapitel 1.3.9 Geschäftsordnung) oder dem Referat 3070 (Grundsatzreferat für Datenschutz, vergleiche Kapitel 3.10 Abschnitt 3.1 Geschäftsordnung) unverzüglich mitgeteilt werden. Es wird hiermit um Ihre aktive Mitarbeit gebeten.

Des Weiteren wird auf Strafvorschriften des Strafgesetzbuches (StGB) hingewiesen, die beim Umgang mit Daten und bei der maschinellen Verarbeitung von Daten zu beachten sind. Hierbei handelt es sich im besonderen um

- § 202a StGB - Ausspähen von Daten,
- § 263a StGB - Computerbetrug,
- § 269 StGB - Fälschung beweiserheblicher Daten,
- § 303a StGB - Datenveränderung,
- § 303b StGB - Computersabotage.

Auszug aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

§ 17

Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

- (1) Wer als eine bei einem Unternehmen beschäftigte Person ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihr im Rahmen des Dienstverhältnisses anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses unbefugt an jemand zu Zwecken des Wettbewerbes, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Unternehmens Schaden zuzufügen, mitteilt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer zu Zwecken des Wettbewerbes, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Unternehmens Schaden zuzufügen,
 1. sich ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis durch
 - a) Anwendung technischer Mittel,
 - b) Herstellung einer verkörperten Wiedergabe des Geheimnisses oder
 - c) Wegnahme einer Sache, in der das Geheimnis verkörpert ist, unbefugt verschafft oder sichert oder
 2. ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das er durch eine der in Absatz 1 bezeichneten Mitteilungen oder durch eine eigene oder fremde Handlung nach Nummer 1 erlangt oder sich sonst unbefugt verschafft oder gesichert hat, unbefugt verwertet oder jemanden mitteilt.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
 1. gewerbsmäßig handelt
 2. bei der Mitteilung weiß, dass das Geheimnis im Ausland verwertet werden soll oder
 3. eine Verwertung nach Absatz 2 Nummer 2 im Ausland selbst vornimmt.
- (5) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.
- (6) **§ 5 Nummer 7** des Strafgesetzbuches gilt entsprechend.

§ 18

Verwertung von Vorlagen

- (1) Wer die ihm im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art, insbesondere Zeichnungen, Modelle, Schablonen, Schnitte, Rezepte, zu Zwecken des Wettbewerbes oder aus Eigennutz unbefugt verwertet oder jemanden mitteilt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.
- (4) **§ 5 Nummer 7** des Strafgesetzbuches gilt entsprechend.

§ 19

Verleiten und Erbieten zum Verrat

- (1) Wer zu Zwecken des Wettbewerbes oder aus Eigennutz jemanden zu bestimmen versucht, eine Straftat nach **§ 17** oder **§ 18** zu begehen oder zu einer solchen Straftat anzustiften, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer zu Zwecken des Wettbewerbes oder aus Eigennutz sich bereit erklärt oder das Erbieten eines Anderen annimmt oder mit einem Anderen verabredet, eine Straftat nach den **§ 17** oder **§ 18** zu begehen oder zu ihr anzustiften.
- (3) **§ 31** des Strafgesetzbuches gilt entsprechend.
- (4) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.
- (5) **§ 5 Nummer 7** des Strafgesetzbuches gilt entsprechend.